

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Tagesblatt Rijsa,
Postamt Nr. 20.

Verlagsort: Tagesblatt Rijsa,
Postamt Nr. 20.

Für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Rijsa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 136.

Dienstag, 15. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Derzeitige Preis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Postgebühr, bei Abonnement am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundstiftgröße (7 Zeilen) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife, Vermittlung Rabatt erlischt, wenn der Betrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Kontants gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rijsa. Die zehnjährige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerin — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rijsa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Rijsa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rijsa.

Lebensmittelverteilung.

- Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 18. Juni 1920 ab
- auf Abschnitt 180/181 der grauen und gelben Nährmittelfarte I 250 gr Okerflocken,
 - auf Abschnitt 181 der roten und grünen Nährmittelfarte I 125 gr Okerflocken und 125 gr Zwieback.
- Die Entnahme hat bis spätestens den 23. 10. 1920 zu erfolgen. Der Preis beträgt für
- | | |
|---------------|------------------------------|
| Okerflocken | M. 2.80 per Pfd. |
| Zwieback | „ 1.55 per Paket zu 1/2 Pfd. |
| Zwiebackbruch | „ 2.30 per Kiste zu 1/2 Pfd. |
- Großhain, am 14. Juni 1920.
842 o. III. Der Kommunalverband.

Donnerstag, den 17. Juni, vorm. 10 Uhr sollen im Amtsgerichte hier 27 Stück Riefenschwingen versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Rijsa.

Griechvorkursarten.

Die Ausgabe der Griechvorkursarten für

- Schwangere vom Anfang des 7. Schwangerschaftsmonats an,
- stillende Mütter bezw. Wöchnerinnen

erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Hebamme bezw. des Arztes

Mittwoch, den 16. Juni 1920, nachmittags 2—4 Uhr im Rathaus, Lebensmittelkartenzentrale, Zimmer Nr. 13.

Die hier erhaltene Ausweisearten sind bei der Entnahme der neuen Griechvorkursarten unbedingt mitzubringen. Bei späterer Abholung sind 50 Pf. Gebühren für besondere Abfertigung zu entrichten.
Der Rat der Stadt Rijsa, am 14. Juni 1920.

Internationale Verhandlungen und ihre Klippen.

Bis die Beziehungen zwischen den im Weltkrieg verwickelten Staaten normal geworden sein werden, wird noch mancher Krisenarm erschallen und werden noch oft Verhandlungen abgebrochen und unterbrochen werden. Sogar die Verhandlungen zwischen Verbündeten sind meist garnicht vom Gefühl gegenseitigen Vertrauens getragen, wie es in den glatten antiken Auslassungen so schön heißt. In Anwesenheit von Unmut entschließt man einen Verhandlungsteilnehmer ein aufrechtiges Wort, das die wahre Lage kennzeichnet. So heißt ein Pariser Blatt kürzlich fest, daß in der Frage der deutschen Entlohnung und der deutschen Wiedergutmachungspflicht zwischen England und Frankreich alles eher herrsche als Einmütigkeit.

Je mehr verschiedene Interessen an Verhandlungen teilnehmen, umso schwieriger wird es, zu praktischen Ergebnissen zu kommen. Das erfahren zur Zeit die in London verhandelnden Parteien. England und Sowjetrußland verhandeln wirtschaftlich miteinander, um sich politisch zu sichern und die Verhandlungen Englands sehen mit gemischten Gefühlen zu. Frankreich ist empört, daß aus der ohnehin schon bedenklich zusammenschmelzenden russischen Kontinentalmacht noch die einzigen wirklichen Werte, das Edelmetall, zu neuen Geschäften verwendet werden soll. Für etwa ein Viertel Milliarden Schilling soll sich im Besitz der Sowjetregierung befinden, von denen allerdings — wie französischerseits behauptet wird — ein Teil der Ukraine und ein weiterer Teil Rumänien gehören soll. Milner hat durch den französischen Geschäftsträger in Stockholm auf die erste nach Schweden gelangte russische Goldsendung Anspruch erhoben und eine Gruppe schwedischer Kaufleute bezieht sich darauf zu tun. Es wird unter diesen Umständen für Lloyd George immer schwieriger, den in wirtschaftspolitischer Verbindung einherziehenden handelsrechtlichen Garantievertrag mit Rußland zu verwirklichen.

Ju recht internationalen Verhandlungen kommt es in diesen Tagen in Paris. Dort unterhalten sich die Außenminister Polens und der Tschechoslowakei über das Schicksal des Gebietes von Teschen. Die vom Verband gewünschte und von der durch französische und italienische Bajonette geschützten Besatzungsbehörde eingeleitete Volksabstimmung ist keinem der Beteiligten recht. Teschen hat zwar annähernd doppelt so viel polnische wie tschechische Bewohner, es ist aber ein wichtiges Kohlengebiet und hat eine lebhafteste Eisenindustrie, die Tschechoslowakei nicht gutwillig an das slawische Brudervolk im Osten abgeben will.

Die Tschechen verhandeln z. Bt. aber auch mit deutschen Regierungsvertretern über eine Reihe wichtiger Wirtschaftsfragen. Anfang Mai traf eine tschechoslowakische Delegation in Berlin ein. Die dort begonnene Verhandlung werden gegenwärtig in Prag fortgesetzt. Inzwischen hat aber das deutsch-tschechische Kohlenabkommen einen Akt erhalten. Der tschechische Minister änderte plötzlich den Inhalt des Abkommens, zu welchem deutsche Steinwerke gegen böhmische Braunkohle und böhmischen Zunder verzeichnet wurden, einseitig zu unseren Ungunsten ab. Die deutsche Kohlenverteilungshilfe antwortete mit Einstellung der Kohlenlieferungen, und die tschechische Regierung parierte mit Zurückhalten der Braunkohle. So bricht immer wieder der unter einer noch recht dünnen Schicht friedlicher Beziehungen ruhende, wenn nicht die unmittelbare Forderung des wirtschaftlichen Lebens zu einer Verhandlung zwingt.

Wo aber diese Voraussetzung gegeben ist, nehmen Verhandlungen selbst zwischen den erbittertesten ehemaligen Gegnern einen sachlichen Verlauf und führen zu praktischen Ergebnissen. Hierzu gehören die wirtschaftlichen Besprechungen, die zwischen Deutschland und Frankreich in Paris stattfinden. Der französische Handelsminister Haac hat sich befriedigt über den ersten Abschnitt der Verhandlungen geäußert und erhofft ein baldiges Einvernehmen zwischen beiden Ländern in der Verarbeitung der tschechischen Eisenerze und im Bezug deutscher Hartstoffe. Jede erfolgreiche Verhandlung ist aber eine Garantie dafür, daß weitere Verhandlungen zum erspriechlichen Ende kommen.

Keine russische Gegenrevolution.

Am Berliner amtlichen Stellen liegen, wie der „Vorwärts“ mitteilt, Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß die Deutscherhebung aus Tokio über einen angeblichen Umsturz in Rußland auf unwahren Gerüchten beruht. Der Funkdienst von Petersburg funktioniert wieder regelmäßig.

Der Bericht der britischen Arbeiterdelegation.

Die aus London berichtet wird, hat die britische Arbeiterdelegation jetzt ihren Interimsbericht über Sowjetrußland veröffentlicht. Zu den Ergebnissen des Besuchs nach unten

Trimborns Versuche zur Kabinettsbildung.

tu. Berlin, 15. Juni.

Dr. Trimborn vom Zentrum, der gestern vormittag vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragt worden ist, hat bei seinen Bemühungen zunächst mit den Mehrheitssozialdemokraten Fühlung genommen und wird heute vormittag noch eine Unterredung mit dem Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Löbe haben. Er will, wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, versuchen, die Sozialdemokraten zu einer wohlwollenden Neutralität zu veranlassen; auch mit den Deutschnationalen will er in dieser Richtung Fühlung nehmen. Auf diese Weise glaubt Trimborn, wie der „Lok.-Anz.“ erzählt, eine sichere Grundlage für eine bürgerliche Koalition von der Volkspartei bis zu den Demokraten schaffen zu können. Die Deutsche Volkspartei hat Dr. Trimborns Stellungnahme zur Regierungsbildung gebilligt. Die Fraktion ermächtigte ihn zu weiteren Verhandlungen mit dem Fraktionsvorsitzenden des Zentrums unter Hinzuziehung einiger hervorragender Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Auch der Vorstand des Zentrums tagte gestern; ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Reichstagsfraktion tritt heute vormittag zusammen. Die Demokraten machen ihre Stellungnahme von der Haltung des Zentrums abhängig. Gestern nachmittag tagte im Reichstag die deutsche nationale Fraktion. Ihr Standpunkt ist unüberändert; sie ist zur positiven Mitarbeit bereit. Trimborn ist bis jetzt noch nicht an sie herangetreten. Auch für heute vormittag ist eine Tagung in Aussicht genommen. Für den Fall, daß Trimborns Bemühungen um die Bildung einer mittelparteilichen Koalition unter der Neutralität der beiden Flügelparteien nicht zum Erfolge führen sollte, will der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, wie verlautet, versuchen, die alte Koalition aufzubringen und die Deutsche Volkspartei zum Eintritt zu bewegen. Der Block würde dann über eine knappe Mehrheit verfügen.

Die Bedingungen der Deutschen Volkspartei.

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat sich die Deutsche Volkspartei dem Abge-

ordnete Trimborn gegenüber zu einer Beteiligung an einer rein bürgerlichen, ja sogar an einer Minderheitsregierung bereit erklärt. Als Bedingung für den Eintritt in die neue Regierung hat die Deutsche Volkspartei die Berufung von Sachministern und die Berufung eines Diplomaten auf den Posten des Außenministers gestellt.

Der „Vorwärts“ bemerkt zur Mission Trimborns: Nachdem das Satinrotel von links und rechts erledigt ist, muß man im Interesse des deutschen Volkes erwarten, daß es Trimborn gelingen wird, wenigstens wieder den nötigen Ernst in die Sache zu bringen. Trimborn weiß aus dem Beschluß der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes, daß wir die Fortsetzung der bisherigen Koalitionspolitik gegenwärtig für unmöglich halten, und daß er sein Bestreben darauf richten muß, ein Kabinett ohne Sozialdemokratie zustande zu bringen. Die nächsten Tage müssen zeigen, ob die bürgerlichen Parteien zur Lösung dieser Aufgabe überhaupt noch fähig sind. Einsteifen heißt fest, daß die „Partei des Reichsausschusses“ sich selbst für unfähig erklärt hat, ohne die Hilfe der von ihr beschimpften Sozialdemokratie eine Regierung zu bilden. Doch diese Hilfe verweigert wurde, war selbstverständlich. Trotzdem wird der einstimmige Beschluß der Parteikonferenz lebhafteste Verurteilung hervorgerufen.

Der Plan eines Sachministeriums.

Die „Völkische Zeitung“ macht für den Fall, daß das Zentrum die Koalition ablehnt, den Vorschlag, für eine gewisse Ubergangszeit ein wirtschaftlich orientiertes Sachministerium mit der Geschäftsführung zu beauftragen. Die Bildung einer solchen Regierung würde am besten der mittelparteilichen Koalition der Arbeitnehmer und Arbeitgeber überlassen, jedoch gewissermaßen als Symbol einer kommenden Volksgemeinschaft ein Ministerium der Arbeitergemeinschaft an die Regierung käme. Dieses Ministerium hätte die Aufgabe, den Bruchschlag zwischen individualistischer und sozialistischer Wirtschaftsanschauung zu bilden und zu diesem Zweck zunächst eine große Beteiligung der Arbeiterorganisationen am Produktionsprozeß durch den Ausbau eines vernünftigen Räteismus und seiner Einräumung in einer Wirtschaftskammer der Arbeit zu versuchen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die vergessene Adresse an Wilson. Aus Berlin wird gemeldet: In einer Sonntag in Saarbrücken abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Deutschen Volkspartei teilte, wie rechtsstehende Blätter erfahren, der Parteivorsitzende, Bankdirektor Georg Schmidt, mit, daß die während der Pariser Friedensverhandlungen von führenden Persönlichkeiten der Saarländischen Parteien angefertigte Adresse an Wilson, die das Verbleiben des Saargebietes im deutschen Reichsverband aus geschichtlichen und wirtschaftlichen Gründen und mit Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht forderte, den Adressaten überhaupt nicht erreicht hat, sondern in Berlin in einem Archiv ruhe, weil Erzberger keine Zeit gefunden habe, sie zu überreichen.

Verhaftungen in Ludwigshafen. In der vorletzten Nacht verhafteten die Franzosen eine Reihe von Arbeitslosen, darunter die Vorsitzenden des Arbeiterausschusses und des Angestelltenausschusses sowie ein Mitglied des Betriebsrates der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Die Wohnungen der Verhafteten wurden nach Schriftstücken durchsucht. Einer der Verhafteten, Stadtrat Körner, wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. Man bringt die Verhaftungen mit den unlängst erfolgten Ausdehnungen in der Anilinfabrik in Zusammenhang. Die Arbeiterschaft fordert die Freilassung der Verhafteten und droht im Fall der Ablehnung mit dem Auszug.

Der Völkerbundrat als Friedensvermittler. Einer Londoner Meldung zufolge wird in der Sitzung des Völkerbundrates, bei der der Unterrichtsminister Fisher England vertritt, über das Eruchen Berlins betr. die Regelung Englands durch die Bolschewiken verhandelt werden. Frankreich wird durch Bourgeois vertreten sein. Es ist dies die 1. Sitzung des Völkerbundrates, in der Fisher auf dringendes Eruchen eines Mitgliedes als Friedensvermittler auftreten wird. — Dem „Telegraph“ zufolge wird der Völkerbundrat über den Bericht Dr. Nolens betr. die noch in Sibirien und Deutschland weilenden Kriegsgefangenen beraten. Ferner hält man es für möglich, daß der Rat sich auch mit den polnisch-tschechischen Differenzen betr. Teschen befassen wird.

Der Internationale Bananenkongress in Zürich verhandelte die Bananfrage. Die Diskussion ergab, daß die allseitige Rückführung der Wechselkurse auf die Parität angeordnet werden sollte, wobei als Mittel die Steigerung der Produktion, die Erleichterung des Exports und die Beseitigung des Verkehrsverhältnisses in Frage komme. In der Schlussfassung vom Freitag wurde die Frage der Internationalen

Eine persische Sowjetregierung.

Die „Times“ melden aus Teheran vom 10. Juni: Aufschicht Khan hat sich nach einem Schwanken für den Leninismus entschieden und hat sich selbst in Rußland zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister der „Persischen Sowjetregierung“ ausgerufen. Das deutsche Konsulat in Teheran wird, einem Bericht zufolge, immer noch belagert. General Galdane, der Oberbefehlshaber in Mesopotamien, ist in Teheran eingetroffen.

Russische Arbeiterdelegation nach England.

Einer Moskauer drahtlosen Meldung zufolge, wurde auf einer Volksversammlung der allrussischen Gewerkschaftsvereine beschlossen, eine Abordnung der russischen Gewerkschaften nach England zu senden, um die englische Arbeiterbewegung, die berufliche und politische Organisation des Landes und die Lage des englischen Proletariats zu studieren.